



SPD

*DAS WIR
ENTSCHEIDET.*

*EINIGE ENTSCHEIDENDE PASSAGEN
ZU KULTUR UND KREATIVITÄT IM
SPD-REGIERUNGSPROGRAMM 2013*

EINIGE ENTSCHEIDENDE PASSAGEN ZU KULTUR UND KREATIVITÄT IM SPD-REGIERUNGSPROGRAMM 2013

I. DIE WIRTSCHAFT DER ZUKUNFT

II. MAßNAHMEN DES KREATIVPAKTS

III. NEOLIBERALISMUS VERSCHÄRFT KULTURELLE UNGLEICHHEIT

IV. DIAGNOSE: KULTURELLE SPALTUNG

V. KULTURELLE VIELFALT, TEILHABE UND PARTIZIPATION

**VI. KULTUR IM EIGENTLICHEN KAPITEL „KULTUR-, NETZ- UND MEDIEN-
POLITIK“**

VII. KOMMUNALE KULTUR

VIII. AUSWÄRTIGE KULTURPOLITIK

I. DIE WIRTSCHAFT DER ZUKUNFT

Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts mit immensen Wachstums- und Beschäftigungspotenzialen. Wir werden zusammen mit Kreativen die Rahmenbedingungen schaffen, um diese Potenziale zu entfalten und gleichzeitig sozial besser abzusichern.

II. MAßNAHMEN DES KREATIVPAKTS

Die Kreativbranche wird immer wichtiger für den Erfolg unserer Wirtschaft. Wir wollen die Kreativwirtschaft noch stärker fördern und ausbauen. Unsere Maßnahmen für einen Kreativpakt: Der Innovationsbegriff in den Förderprogrammen der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung muss für die Kreativwirtschaft angepasst und geöffnet werden, die bestehenden Existenzgründungsprogramme des Bundes hinsichtlich Eigenkapitalanteil-Forderungen, Anerkennung von Immaterialgütern, Beratung und Qualifizierung an die Bedürfnisse der Kreativwirtschaft angepasst und dabei neben der Gründungs-, auch die Wachstumsphasen der Unternehmen berücksichtigt werden.

III. NEOLIBERALISMUS VERSCHÄRFT KULTURELLE UNGLEICHHEIT

Spätestens seit der Finanz- und Eurokrise wissen wir: diese Regellosigkeit machte aus der erfolgreichen sozialen Marktwirtschaft eine geldgetriebene Marktgesellschaft. In ihr zählt, was schnell Geld bringt. Und in ihr hat Chancen, wer über ausreichend Geld verfügt. Volkswirtschaften, die nicht mithalten konnten, versuchten sich Wohlstand über Schulden zu erkaufen. Nachhaltigkeit, langfristige Investitionen, Verantwortung und Vorsorge für die Zukunft zählten immer weniger. Bildung, Gesundheit, Kultur, private und öffentliche Sicherheit und Daseinsvorsorge wurden nicht mehr für alle garantiert, sondern sie wurden zum Marktprodukt, das man sich kaufen und leisten können muss.

Heute bemerken wir, dass diese Entwicklung unsere Gesellschaft gespalten hat. Sozial und kulturell. Nicht nur Besitz und Einkommen sind immer ungleicher verteilt, sondern auch Zugänge zu Bildung, Gesundheit, Mobilität und Kultur. Die Armut wächst ebenso wie der Reichtum

- die Mittelschicht kommt unter Druck. Das Gleiche erleben wir in Europa. Demgegenüber strebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Gesellschaft an, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

IV. DIAGNOSE: KULTURELLE SPALTUNG

Arbeit, Anstrengung und Fleiß lohnen sich für viele Menschen in Deutschland nicht mehr. Schulerfolg und Bildungslaufbahn hängen mehr als sonst irgendwo in Europa vom Einkommen der Eltern ab. Trotz guter Ausbildung oder Studium finden immer weniger einen sicheren und angemessen bezahlten Einstieg in den Beruf. Zu viele Familien und vor allem Alleinerziehende sind von Armut bedroht. Eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege gibt es längst nicht mehr für alle. Die Lasten für die Finanzierung unseres Gemeinwesens sind unfair verteilt: Menschen mit normalem Einkommen tragen immer mehr, Kapital- und Vermögenseinkünfte und sehr große Einkommen immer weniger. Und nicht zuletzt: Heimat geht verloren, weil Städte und Gemeinden finanziell so ausgeblutet sind, dass kulturelle und soziale Angebote geschlossen, Stadtteile und Infrastruktur vernachlässigt werden. Die soziale und kulturelle Spaltung Deutschlands ist in den letzten Jahren gewachsen.

V. KULTURELLE VIELFALT, TEILHABE UND PARTIZIPATION

Deutschland ist ein offenes Land. Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt ein. Integrationspolitik neu zu denken heißt letztendlich auch, den Begriff der Integration zu überwinden und durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation zu ersetzen. Diesem Prinzip müssen sich alle Ressorts der Bundesregierung verpflichten.

Gemeinsam mit den Ländern wollen wir deshalb die Ausländerbehörden zu Willkommensbehörden, zu Anlauf- und Leitstellen für Integration und Einbürgerung weiterentwickeln.

Wir brauchen sowohl eine Willkommenskultur als auch eine Teilhabestruktur. Nur so können Freiheit, Chancengleichheit Bildung und Arbeit für alle geschaffen werden. Wir wissen aber auch: Das erfolgreiche

Miteinander hängt vor allem von sozialen Faktoren ab. Unterschiede in der Herkunft, Religion oder Kultur dürfen nicht verdrängt, aber auch nicht grundsätzlich zum Problem erklärt werden. Wir setzen uns für alle Menschen in unserem Land ein, Diskriminierungen und Vorurteilen treten wir entschieden entgegen. Eine offene Gesellschaft bietet im Rahmen der Grundrechte allen Religionen den Freiraum zur Entfaltung ihres Glaubens.

Vielfalt verstehen wir als eine Zukunftsressource unserer offenen Gesellschaft. Rechtliche Gleichstellung und Chancengerechtigkeit sind die Grundlagen einer solchen Gesellschaft. Unser Ziel ist es, dass die kulturelle, weltanschauliche und religiöse Vielfalt innerhalb unserer rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Grundordnung in Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Kunst und Kultur selbstverständlich mitgedacht wird. Aber ob Integration und Zusammenleben gelingen, entscheidet sich in der Kommune, in den Stadtteilen, in den Nachbarschaften. Deshalb dürfen die Kommunen mit den Herausforderungen von Einwanderung und Integration nicht alleine gelassen werden.

VI. KULTUR IM EIGENTLICHEN KAPITEL „KULTUR-, NETZ- UND MEDIEN-POLITIK“

Kunst und Kultur bereichern uns, sind vielfältig, kritisch, lebendig und anregend. Sie sind in ihrem Eigenwert essentiell für eine offene und demokratische Gesellschaft. Ihre Förderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft. Und diese Investition muss zu allerst bei den Künstlern selbst ankommen – um ihre Lebensgrundlagen zu sichern.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen die Künstlerinnen und Künstler im Mittelpunkt. Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der künstlerischen und kreativen Arbeit. Die Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern verändern sich, vor allem durch die Digitalisierung. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Kultur- und Kreativschaffende von ihrer Arbeit leben können. Dafür braucht es erstens eine Reform des Urheberrechts, die das Recht der Urheber auf ihr geistiges Eigentum auch in der digitalen Welt anerkennt und die Interessen von Urhebern, Nutzern und Verwertern

zum Ausgleich bringt. Dafür braucht es zweitens eine bessere soziale Absicherung von Kreativen.

Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht.

Heute ist die KSK eine Erfolgsgeschichte und nimmt an Attraktivität zu. Deshalb müssen wir sie stärken, damit sie auch in Zukunft die solidarische Finanzierung der Absicherung von künstlerisch und kreativ Selbstständigen leisten kann. Zugleich müssen Menschen, die in der Kreativbranche arbeiten, in den klassischen Sozialsystemen einen Platz haben. Solo-Selbständige, befristet Beschäftigte und andere Formen prekärer Beschäftigung wollen wir besser absichern, etwa durch eine Ausweitung der Rahmenfrist zum Erwerb von Anwartschaften in der Arbeitslosenversicherung auf drei Jahre, durch die Aufnahme von Solo-Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung sowie die Durchsetzung sozialer Mindeststandards und –honorare in öffentlich geförderten Projekten und Einrichtungen.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Teilhabe ein entscheidender Grundsatz auch in der Kulturpolitik. Kunst und Kultur soll allen Menschen zugänglich sein. Wir wollen mit öffentlicher Kulturförderung ein breites kulturelles Angebot zu sozialverträglichen Preisen ermöglichen. Zugleich müssen öffentlich geförderte Kultureinrichtungen mit ihren Angeboten möglichst viele Menschen erreichen. Im Einwanderungsland Deutschland heißt das heute auch, die Vielfalt von Lebensformen, Kulturen und Weltanschauungen aufzugreifen. Und schließlich brauchen wir kulturelle Bildung, um Teilhabe überhaupt zu ermöglichen und Lust an Kultur zu wecken. Wir rufen nicht nur „Kultur für alle“, sondern schaffen Voraussetzungen dafür.

Wir wollen Kunst um ihrer selbst willen fördern und nicht erst dann, wenn sie ökonomischen, sozialen oder politischen Zwecke nützt. Künstlerische Freiheit und kulturpolitische Verantwortung des Staates sind vereinbar. Unser Ziel ist die Stärkung von Orten der gesellschaftlichen Begegnung und des Gesprächs sowohl unabhängig von Kunstmarkt und Kulturindustrie als auch in Kooperation mit ihnen. Die vorhandene kulturelle Infrastruktur wollen wir erhalten und stärken.

- Angesichts zunehmend knapper öffentlicher Mittel sind strukturelle Veränderungen der öffentlichen Kulturfinanzierung unvermeidlich. Wir werden dafür sorgen, dass Bund, Länder und Kommunen ihre Förderaktivitäten stärker als bislang miteinander abstimmen und gemeinsam im Sinne einer konzeptionellen Kulturpolitik Prioritäten (u.a. stärkeres Engagement für freie Szene, kulturelle Bildung) setzen. Voraussetzung ist die Aufhebung des Kooperationsverbotes zugunsten einer gemeinsamen strukturierten Konzeption von Kulturförderung.
- Denkmalschutz und Denkmalpflege zählen zu den wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen. Zum Erhalt des kulturellen Erbes, aber auch mit Blick auf die damit verbundenen Arbeitsplätze setzen wir uns für eine Verstetigung des Denkmalschutz-Sonderprogramms ein. Die SPD tritt dafür ein, dass sich der Bund am Bauhaus-Jubiläum 2019 beteiligt.
- Das Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen darf weder zu einer Relativierung der NS-Terrorherrschaft führen, noch darf das Unrecht der SED-Diktatur bagatellisiert werden. Die SPD bekennt sich zur Aufarbeitung des SED-Unrechts und will diese fortentwickeln. Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, um die bisherige Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde zu evaluieren und Vorschläge zu deren Zukunft zu machen. Wir wollen das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität stärken. Es soll den Nukleus für eine sich entwickelnde europäische Geschichtsschreibung bilden, im Geiste europäischer Versöhnung und Demokratie. Austausch und gemeinsame Projekte mit europäischen Nachbarn wollen wir vertiefen.
- Wir wollen das Erfolgsmodell des Deutschen Filmförderfonds (DFFF) kontinuierlich fortsetzen und finanziell stärken, um den Filmstandort Deutschland international wettbewerbsfähig zu erhalten und Wirtschaft und Beschäftigung in der deutschen Filmbranche zu stärken. Ziel der Förderung ist für uns, eine breite Vielfalt des Filmschaffens in Deutschland zu sichern. Dazu zählt auch der unabhängige Kinderfilm.

- Das positive Bild eines weltoffenen Deutschland in der Welt zu vermitteln, Freundschaften zu pflegen und Freunde zu gewinnen, sind wichtige Aufgaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Geprägt ist sie von einem nach innen und außen offenen Austausch für Freiheit, Emanzipation und Entwicklung von ärmeren Ländern, für Krisenprävention und –bewältigung. Die SPD tritt dafür ein, auch eine gemeinsame Europäische Auswärtige Kulturpolitik zu entwickeln, die nach außen und innen wirkt und so – gemeinsam mit der Europäischen Kulturförderpolitik – eine gemeinsame Idee von Europa vermittelt, die kulturelle Vielfalt in Europa fördert und den Zusammenhalt in Europa stärken kann – jenseits von ökonomischen Interessen...

Die Veränderung unserer Gesellschaft durch das Internet darf allerdings nicht dazu führen, den Schutz von individuellen Rechten zu relativieren. Auch in der digitalen Welt müssen Urheber einen wirtschaftlichen Ertrag aus der Nutzung ihrer Werke ziehen können. Wir setzen uns deshalb für eine Modernisierung des Urheberrechts ein, das Kreative, Urheber und ihre Partner stärkt und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Die Verbindung zwischen Urheber und Werk ist dabei unverbrüchlich und darf nicht in Frage gestellt werden.

Das geistige Eigentum ist der Rohstoff der Kultur- und Kreativwirtschaft. Die unverbrüchliche Verbindung zwischen Urheber und Werk darf nicht relativiert werden. Der Schutz des geistigen Eigentums ist für die SPD deshalb essentiell. Dennoch ist eine Modernisierung des Urheberrechts notwendig, um Kreative und Urheber in der digitalen Ökonomie zu stärken und die Rahmenbedingungen neuer digitaler Nutzungspraktiken urheberrechtlich verbindlich zu klären. Unser Ziel ist es, einen fairen und gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sicherzustellen, der die kulturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Kultur- und Kreativwirtschaft gewährleistet.

- Wir wollen Geschäftsmodelle fördern, die eine legale Nutzung geschützter Inhalte rechtssicher ermöglichen. Dazu müssen wir die Erprobung neuer Geschäftsmodelle auch rechtlich ermöglichen, z.B. durch eine vereinfachte Lizenzierung.

- Das von Schwarz-Gelb beschlossene Leistungsschutzrecht lehnen wir ab. Wir werden nach der Regierungsübernahme ein neues Gesetz auf den Weg bringen. Wir wollen unter Einbeziehung aller Akteure einen Vorschlag entwickeln, der die Möglichkeiten der Presseverleger zur Rechtsdurchsetzung im Hinblick auf ihre bereits bestehenden Urheberrechte stärkt, dabei die Interessen der Urheber (hier insbesondere Journalistinnen und Journalisten) vollständig wahrt, den Grundsatz der Informationsfreiheit gewährleistet und die Auffindbarkeit von Informationen gewährleistet.
- Wir wollen die Position des Urhebers stärken. Dazu müssen die im Urhebervertragsrecht vorgesehenen Verhandlungs- bzw. Konfliktlösungsmechanismen effizienter ausgestaltet und ggf. um wirksame Kontroll- und Sanktionsinstrumente ergänzt werden.
- Wir wollen insbesondere gewerbsmäßig betriebene Urheberrechtsverletzungen konsequent unterbinden. Dazu bedarf es keiner flächendeckenden Inhaltefilterung des Datenstroms, keiner Internetsperren und auch keiner Androhung einer individuellen Sperrung des Internetzugangs. Derartig weitreichende Eingriffe in Grundrechte lehnen wir ab. Wir werden vielmehr gegen die illegalen Plattformen vorgehen, auf denen 90% aller Rechtsverletzungen stattfinden. Wir werden verhindern, dass sich diese Angebote künftig weiterhin auf allgemeine Haftungsprivilegien berufen können. Wir werden ihre Finanzierung unterbinden, indem wir ihre Kooperation mit Werbetreibenden und Zahlungsdienstleistern sanktionieren. Insgesamt gilt es, dem Nutzer eine echte Orientierung über Freiheiten und Grenzen zu geben, die nach unserer Überzeugung wichtig für das soziale Miteinander im Netz ist. Medienkompetenz im Internet soll die Möglichkeiten von Nutzern und Anbietern maximieren und Teilhabe und Bildungschancen, aber auch Kritikfähigkeit und Verantwortlichkeit ausbilden. Verantwortliches, solidarisches und nachhaltiges Handeln prägt sich nicht zwangsläufig von selbst aus.
- Wir wollen ein bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht. Wissenschaftliche Autorinnen und Autoren müssen ihre Bei-

träge neben der Verlagspublikation z.B. auf den Seiten der Hochschule zugänglich machen können. Wir treten außerdem für eine Überprüfung der Bildungs- und Wissenschaftsschranken ein, um die dauerhafte Intranetnutzung in Schulen und Hochschulen zu ermöglichen. Um das kulturelle Erbe auch in Zukunft zu erhalten, muss die Digitalisierung verwaister und vergriffener Werke ermöglicht werden.

Es ist abzusehen, dass wir mittel- und langfristig internationale und europäische Lösungen finden und zur Anwendung bringen müssen. Dies ist eine komplexe und langfristige Herausforderung, der wir uns jedoch stellen müssen, um sie mit unseren bundesdeutschen Wertvorstellungen zu prägen. Denn am Ende steht die Vision eines gerechten und sozialen Raumes, die nur dann Wirklichkeit werden kann, wenn sich ein wesentlicher Teil der Gesellschaft auf einheitliche Regeln einigt und damit einen gesellschaftlichen Konsens abbildet.

Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der kreativen Arbeit. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Wir stehen zu diesem Sondersystem der gesetzlichen Sozialversicherung, weil Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten nach wie vor besonders schutzbedürftig sind. Die solidarische Finanzierung der Künstlersozialversicherung durch Künstler und Unternehmen ist für die SPD nicht verhandelbar. Die SPD sieht darüber hinaus die Notwendigkeit einer besseren Absicherung von prekärer Selbständigkeit, von der besonders viele in der Kulturwirtschaft Tätige betroffen sind...

VII. KOMMUNALE KULTUR

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen in der Stadt leben, weil sie hier Lebensperspektive und Lebensqualität erhoffen und finden. Städte bedeuten für viele Menschen Zukunft. Vor allem die großen Städte wachsen. Die große Zahl sehr unterschiedlicher Arbeitsplätze, die Universitäten, Forschungseinrichtungen, die Schulen, die Sportmöglichkeiten und Freizeitangebote, die Kulturinstitutionen und die Off-Kultur, die großen und kleinen Unternehmen, die Start-ups, die auf das städtische Umfeld

angewiesenen Dienstleistungen, Nahversorgung und kurze Wege, die Verbindung mit der Welt durch Flughäfen, Bahnhöfe und Häfen machen die Stadt zum Motor des Wachstums und des Fortschritts...

Die soziale Stadtentwicklung ist Grundlage und Voraussetzung für Innovation, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Die soziale Gesellschaft beginnt im unmittelbaren Lebensumfeld, dem Quartier. Dort gilt es, für ausreichend gute und bezahlbare Wohnungen zu sorgen und Zusammenhalt, sozialen Ausgleich, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität zu ermöglichen. Das stärkt auch demokratisches Bewusstsein und Handeln – und macht Werte erlebbar. So gelingt die inter- und intrakulturelle Integration. Das „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ soll dafür wichtiger Impulsgeber sein.

VIII. AUSWÄRTIGE KULTURPOLITIK

Das Ansehen Deutschlands in der Welt hat unter der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP gelitten. Wir wollen dieses Ansehen wieder stärken und so auch die Spielräume der deutschen Außenpolitik erweitern. Wir wollen daher an der erfolgreichen Förderung der auswärtigen Kulturpolitik aus unserer Regierungszeit ansetzen und die Auslandsarbeit der Goethe Institute, der deutschen Auslandsschulen und der politischen Stiftungen weiter fördern....

Wir wirken in den Partnerländern auf eine Verwirklichung von Menschenrechten und die Förderung demokratischer Beteiligung und Rechtsstaatlichkeit hin. Wir wollen dazu beitragen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte und die politischen Menschenrechte zu verwirklichen.



SPD

*DAS WIR
ENTSCHEIDET.*

Herausgeber:

SPD-Parteivorstand

Willy-Brandt-Haus

Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin

Telefon: 030 - 25991-254

E-Mail: klaus-juergen.scherer@spd.de

Internet: spd.de